

KGW's Rundschreiben**24.09.2025**
Seite 1 von 6**Deutschland, Europa und die Welt**

Die schwarz-rote Regierung hat nach 100 Tagen von der deutschen Bevölkerung ein Zwischenzeugnis bekommen. Ihre Wahlversprechen haben Sie nicht eingelöst und mit den ausstehenden Herausforderungen sind sie überfordert. Noch glauben ca. 32% an CDU/CSU und SPD, allerdings haben ca. 61% den Glauben bereits verloren. Man sagt: „Rom wurde nicht an einem Tag erbaut“. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) formuliert krass: „Die Regierung ist unfähig zu grundlegenden Reformen“. Niemandem ist bekannt, ob es andere besser machen können. Es wird aber auf die Partei geschielt, die bereits in den Startlöchern steht. Am 14. dieses Monats waren **Kommunalwahlen in NRW** mit folgendem Ergebnis:

Kommunalwahlen Ruhrgebiet	SPD	CDU	AfD	Grüne	Linke	FDP	Sonstige
2025	28,4%	26,3%	18,2%	10,9%	5,7%	2,6%	8,0%
2020	30,7%	28,0%	6,9%	18,7%	4,3%	4,2%	7,4%
Differenz	-2,3%	-1,7%	+11,3%	-7,8%	+1,4%	-1,6%	+0,6%

Quelle: Regionalverband Ruhr

Das Wahlergebnis zeigt, dass die AfD in Nordrhein-Westfalen Fuß gefasst hat. Gegenüber der letzten Kommunalwahl hat sie ihren Stimmenanteil verdreifacht. Die etablierten Parteien beschränken sich darauf, ihre Verluste schön zu reden. Gelingt es Schwarz-Rot nicht, in diesem „Herbst der Entscheidungen“ das Versprechen der „besseren Zukunft“ in die Tat umzusetzen, kann man das Ergebnis der nächsten Landtagswahl in Baden-Württemberg im Vorfeld voraussagen.

In 2026 sind 5 Landtagswahlen; unter anderem in der Hochburg der AfD, Sachsen-Anhalt. Wenn „Schwarz-Rot“ nicht liefert und den Willen zu grundlegenden Reformen nicht aufbringt, wird das Wasser auf die Mühle der Opposition sein. Wie oftmals im Leben geht es ums Geld. Die Schuldenbremse¹ wurde gelockert, aber in der **Finanzplanung** 2027 bis 2029 gibt es eine Lücke von 172 Mrd. €. Das Loch von 34 Mrd. € im Haushalt 2027 muss noch gestopft werden. Ein Zehntel davon hat gereicht, um die Ampelkoalition zu zerbrechen. Es gibt andere Probleme, die zu lösen sind. Friedrich Merz hatte versprochen, die „Überbürokratie“ (Lieferkettengesetz) sofort aufzuheben. Passiert ist so gut wie nichts. In der selbstschädigenden Energie- und Klimapolitik, der Steuerreform, der Migrationspolitik und auf anderen „Baustellen“ tut sich zu wenig.

Friedrich Merz und Markus Söder fordern eine grundlegende **Reform der Sozialsysteme**, weil ihrer Ansicht nach die finanzielle Überlastung droht. Das Problem Rentenfinanzierung liegt schon seit Jahrzehnten auf der „langen Bank“ und muss endlich angepackt und gelöst werden. Die Rentenreform von 1957 haben wir heute als folgenschweren Fehler erkannt, ebenso die falsch konzipierte Riester-Rente. Ein Blick auf andere Länder könnte für Deutschland Vorbild sein. Schweden: Gesetzliche Aktienrente; Schweiz: Betriebliche Altersversorgung; Großbritannien:

¹ Die Schuldenbremse steht im Grundgesetz. Danach darf der Staat nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt, außer in Ausnahmefällen wie einer Notlage. Seit 2016 darf sich Deutschland jedes Jahr nur bis zu einer Höhe von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) neu verschulden. Das sind ca. 9 Mrd. € jährlich.

Private Altersvorsorgedepots. Vorliegende EU-Konzepte müssen für jede Neugeburt eingesetzt werden, das heißt neben der Steuernummer sollte es eine Depotnummer geben als künftiges Altersvorsorgekonzept (siehe Estland). Das Versprechen der Politiker, „Wohlstand für alle“ sollte nicht nur auf dem Papier stehen. Von der Bevölkerung in Deutschland sind rund 21 Millionen in **Rente**. Dieser Anteil wird künftig stark steigen, besonders durch Menschen, die ein hohes Einkommen haben. Somit wird die Zahl der Steuerzahler mit einem niedrigen Einkommen steigen. Damit es nicht zu einem künftigen Riesenproblem wird, muss zügig eine Lösung her. Das ruft Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) auf den Plan, die jegliche angedachten Kürzungen des größeren Koalitionspartners zurückweist und solche Gedanken unfein als „Bullshit“ bezeichnet. Sie begründet es damit, dass Deutschland ein reiches Land ist. Wir lassen Zahlen sprechen und überlassen die Beurteilung dem Leser selbst.

Staatsschulden im Internationalen Vergleich (in % des BIP):

Land	2015	2024	2025
Deutschland	71,9	63,6	62,7
Estland	10,1	20,5	23,2
Frankreich	95,6	109,5	110,0
Italien	135,3	140,6	140,9
Portugal	131,2	100,3	97,2
Euroraum	93,4	89,7	89,5
USA	103,4	125,0	127,4
Japan	228,3	250,8	250,0

Quelle: Bundesministerium für Finanzen (BMF) - Monatsbericht 02/2024

Die deutsche Staatsverschuldung betrug Ende 2024 2,69 Billionen € (in 2023 57 Mrd. € weniger). Stand der Schuldenuhr am 28.05.2025: 2.582.278.870.206 € (Schulden pro Kopf: 30.886 € bei einer Bevölkerung von 84,7 Millionen). Prognosen sagen eine Marke von 2,9 Billionen € (und mehr) und damit eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 34.000 € voraus. In Relation hierzu die Steuereinnahmen / Steuerschätzungen bis 2029:

Jahr	2024 (Ist)	2025	2026	2027	2028	2029
Bund	374,9	389,0	387,1	403,7	418,6	431,3
Länder	394,8	407,3	415,5	430,9	447,1	462,6
Gemeinden	145,9	148,1	153,9	159,7	165,2	170,5
EU	32,0	35,3	49,3	48,6	48,0	48,6
Gesamt	947,7	979,7	1.005,8	1.042,9	1.078,8	1.113,0

Quelle: BMF

Markus Söder wollte kürzlich mit Erhöhung der Erbschaftssteuer punkten, fand aber beim Kanzler kein offenes Ohr. Das Statistische Bundesamt ermittelte für 2024 Einnahmen aus Erbschaftssteuern

von 8,5 Mrd. € und Schenkungssteuern von 4,8 Mrd. €; 13,3 Mrd. € ist der bisher absolute Höchstwert.

Der Bundesfinanzminister Lars Klingbeil ist heute der Ansicht, dass Deutschland in der Vergangenheit kaputtgespart wurde. Wie er mit den schwindelerregenden Summen hantiert, wird die Zukunft zeigen. In Frankfurt wird man sich mehr Kopfzerbrechen machen. Die **Deutsche Finanzagentur GmbH** (alleiniger Eigentümer ist der Bund) managt mit 300 Mitarbeitern die deutschen Schulden. Die Hauptaufgabe, unter Vorsitz des Geschäftsführers Tammo Diemer, besteht darin, den Referenzstatus der Bundesrepublik zu erhalten. Um Kapital einzusammeln, wurde während der Corona-Krise eine siebenjährige Bundesanleihe aufgenommen, die seit 2024 nicht mehr ausgegeben wurde. Die will man wieder aufleben lassen, ergänzt um Anleihen mit einer 30-jährigen Laufzeit. Mit Blick auf das neue Infrastruktur-Sondervermögen müssen neue Kredite aufgenommen werden, die möglichst zinsgünstig sind. Noch kann Deutschland sich zu besseren Konditionen refinanzieren als andere europäische Emittenten. Vielleicht war es das, was Ministerin Bas mit ihrer „unglücklichen“ Aussage zum Ausdruck bringen wollte.

Schon mehrfach haben wir die Bevormundung aus Brüssel kritisiert. Auch mit reduzierter Arroganz konnte die EU-Präsidentin beim amerikanischen Präsidenten Trump bisher kein „Land gewinnen“. Wenn man mit erhobenem Zeigefinger herumläuft und erklärt, wie im Einzelnen die vorgeschriebene Überbürokratie auszuleben ist, bringt das niemanden weiter. China kann man auch nicht vorschreiben, wie man Handel zu betreiben hat, De-risking ausruft und gleichzeitig die Lieferung von Seltenen Erden einfordert. Es sollte selbstverständlich sein, Kinder- oder Zwangsarbeit den Kampf anzusagen. Das Ziel erreicht man aber nicht durch ein **Lieferkettengesetz** in der vorliegenden Fassung. Schlimmer noch, denn die, die man schützen will, betrachten die praxisfremden Vorschriften als belehrend. Bei seinem Antrittsbesuch Anfang Mai in Brüssel forderte Friedrich Merz die Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinien (CSDDD)². Auch mit Hilfe Frankreichs musste er später erkennen, dass er für eine Abschaffung derzeit keine Mehrheit bekommt. Vom Vizekanzler Lars Klingbeil (SPD) bekam er ein Nein zur Verschiebung oder Aufhebung der derzeitigen Geltungsschwelle. Als man im EU-Parlament über dieses Thema sprach, schwieg sich der deutsche Vertreter aus. Schweigen ist bekanntlich Zustimmung und ohne Deutschland gab es keine Mehrheit für die Abschaffung. Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen, denn zwischen EU-Rat, Parlament und Kommission wird weiterverhandelt. Zunächst müssen sich die deutschen Ministerinnen und Minister einig werden, um auf europäischer Ebene mit einer Stimme zu sprechen. Vor ca. einem Jahr legte Mario Draghi in seinem Report die Schwächen der EU offen und machte Verbesserungsvorschläge. Nur ca. ein Zehntel wurde bis heute umgesetzt und Europa steht aktuell schlechter da als vor einem Jahr. Man hat in Brüssel kein Gespür dafür, dass das benötigte Wachstum fehlt. Ursula von der Leyen ruft den „Clean Industrial Deal“ aus, mit dem sie die EU unabhängiger von China und den USA machen will. In ihrer Rede zur Lage der EU Anfang dieses Monats redete sie ihre vorgegebenen Klimaziele schön und was wir alles dem „Green Deal“ zu verdanken haben. Besser wäre es gewesen, den Bürokratierückbau auszurufen. Nein, sie macht mit der ihr eigenen Arroganz im Führungsstil so weiter wie bisher. Die Kritik ist anscheinend noch nicht so laut, um ihr klarzumachen, dass sie Existenzen vernichtet, Unternehmen in die Insolvenz treibt und Steuergelder der Mitgliedsstaaten vernichtet.

² CSDD = Corporate Sustainability Due Dilligence Directive

Ginge es nach dem Berater von **Donald Trump**, hätte dieser den Wirtschaftsnobelpreis verdient. Der Ökonom Peter Navarro, der die Zollpolitik mit ausgearbeitet hat, sagte: „Mit allem, was er tut, hat er seine Kritiker widerlegt.“ Mit dieser Meinung ist er allein, denn nahezu ausnahmslos sind sich die Ökonomen der USA einig, dass die Zollpolitik des Landes langfristig schlimme Folgen haben wird. Kurzfristig scheint der egozentrische Präsident Recht zu haben, denn die Staatseinnahmen sprudeln und die Inflation bewegt sich in diesem Jahr um 2,4-2,8%. In diesem vermeintlichen Erfolg sonnt sich Präsident Trump. Während seiner kurzen Amtszeit hat er den Freihandel durch ein merkantilistisches³ Zolldiktat ersetzt. Die Chefin des Büros für Arbeitsmarktdaten Erika McEntarfer feuerte er, weil sie berichtet hatte, dass die Beschäftigung in den USA nicht mehr so stark wächst und in der Industrie sogar zurückgeht. Die Investmentbank Goldman Sachs hat berechnet, wer die Kosten für seine Importzölle tragen muss: Vier Fünftel Unternehmen und Verbraucher der USA, ausländische Exporteure nur ca. 20%. Die Amtszeit des Chefs der Federal Reserve (US-Notenbank; Fed) Jerome Powell läuft bis zum 15.05.2026. Den kann er nicht einfach feuern, aber ihm das Leben schwer machen. Warum – weil der die Zinsen nicht senkt. Er sollte sich aber an die 1970er Jahre erinnern, an die „große Inflation“. Um der hohen Arbeitslosigkeit beizukommen, machte seinerzeit Präsident Nixon Druck auf die Fed. Die senkte die Zinsen und am Ende lag die Inflation im Jahresschnitt bei 11%. In der Türkei war es noch schlimmer. Recep Tayyip Erdogan griff in die Geldpolitik des Landes und die Teuerung stieg zwischenzeitlich auf mehr als 70%. Zurück in die USA, wo die Fed-Direktorin Adriane Kugler (angeblich) die Fed auf eigenen Wunsch verließ. Daraufhin berief Donald Trump seinen „Freund“ und Gefolgsmann **Stephen Miran**, einen ausgewiesenen Fed-Kritiker. Mit dem Ökonomen Dan Katz verfassten sie im März 2024 ein 24-seitiges Papier, in dem beide eine Reform der Fed fordern. Demnach soll der Präsident mehr Macht über die Fed erhalten und die Wahlperioden der Gouverneure⁴ verkürzt werden. Im Luxusresort „Mar-a-Lago“ schmiedete Miran im Frühjahr dieses Jahres den Plan, den Dollar extrem zu schwächen. Für ihn (logischerweise auch Trumps Meinung) ist die Stärke der Währung Ursache für das Handelsbilanzdefizit von ca. 127% und den Schuldenberg von rund 37 Billionen Dollar. Sein Plan ist, den Dollar zu schwächen, faktisch die Gläubiger zu enteignen. US-Anleihen mit langer Laufzeit und niedrigen Zinsen sollen getauscht werden, damit im Gegenzug die USA ihre Schulden günstig refinanzieren können. Diesem Plan wird freiwillig kein Land zustimmen. Bisher konnte sich Powell behaupten und ließ den Leitzins stabil bei 4,25-4,5%. Es wird aber gemunkelt, dass er den Zins in diesem Monat noch senkt. Am Montag, den 15. dieses Monats hat der US-Senat Stephen Miran mit knapper Mehrheit zum Fed-Gouverneur gewählt. Damit hat der Präsident in der Zentralbank einen Verbündeten, der seine Interessen vertritt. Vor der Sitzung am 13. dieses Monats versuchte Präsident Trump den Vorsitzenden der größten Zentralbank der Welt zu einer ersten Senkung des Zinses um 0,5% zu bewegen. Wahrscheinlich war der Druck zu stark und es ist schlussendlich eine Senkung um 0,25% auf eine Spanne zwischen 4,0 und 4,25% herausgekommen. Damit hat die Fed gezeigt, dass sie sich nicht reinreden lässt und bei ihrer Entscheidung die Beschäftigungslage am amerikanischen Arbeitsmarkt höher bewertet als die Inflationsrisiken. Als langfristige Inflationsquote strebt die Fed 2% an.

³ Merkantilismus ist eine Wirtschaftspolitik, die möglichst viele Waren aus dem Land ausführen möchte, aber möglichst wenig Waren ins Land lässt.

⁴ 7 Gouverneure werden vom Präsidenten für 14 Jahre bestimmt. Aus diesem Kreis werden der Vorsitzende und Vize-Chef für 4 Jahre gewählt.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Bereits in den 1940er Jahren entdeckten italienische Wissenschaftler die Pflanze Alyssum. Diese wird als Hyperakkumulator bezeichnet und ist in der Lage, bis zu tausendmal mehr Nickel aufzunehmen als andere Gewächse, ohne dass dies ihr schadet. Diese und ähnliche Pflanzen nehmen über ihre Wurzeln aus dem Boden das Metall auf, speichern es in ihren Blättern oder Stengeln. Beispiele dafür sind die auf den Philippinen entdeckte Pflanzenart Rinorea niccolifera, der Nickelbaum Pycnandra acuminata auf Neukaledonien, dessen Milchsaft bis zu 25% Nickel enthalten kann sowie verschiedene Arten aus Europa wie das Mauer-Steinkraut (Alyssum murale). Weltweit gibt es rund 700 Pflanzenarten, die wie eine Pumpe Metall aus der Erde ziehen können. Das französische Start-up Genomines hat 45 Mio. US\$ für ihre Hyperakkumulatoren eingesammelt, die mit Pflanzen, die auf metallreichen Böden wachsen, Metalle in ihr Gewebe aufnehmen. Auf einem Feld von rund 100 Hektar können ca. 4 Mio. Pflanzen aktiv werden und Nickel gewinnen. Ob das irgendwann mal Konkurrenz zu den Minen der größten Anbieter aus Indonesien wird?

Die Stimmung in den Unternehmen der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt hat sich noch nicht aufgehellt. Besonders betroffen sind die, welche Stahl und Edelstahl einkaufen. **Ni**- und **Cr**-Preise treten auf der Stelle, während **Mo** leicht ansteigt. Der Trend bleibt auch im November. Spiegelbildlich erkennt man die Rohstoffnotierungen in den Legierungszuschlägen und Schrottnotierungen. Aufgrund exportierter Schrottmengen wurde das Angebot in Deutschland verknappt, was den leichten Preisanstieg erklärt.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
03.02.2025	1.0370	14.900	15.115	172.500	1.452
03.03.2025	1.0402	15.600	15.770	195.162	1.490
01.04.2025	1.0787	15.850	16.060	199.020	1.470
02.05.2025	1.1290	15.325	15.525	200.418	1.351
02.06.2025	1.1432	15.145	15.355	200.310	1.327
01.07.2025	1.1745	14.965	15.170	203.886	1.267
01.08.2025	1.1446	14.600	14.830	209.082	1.280
01.09.2025	1.1686	15.265	15.475	209.844	1.303
23.09.2025	1.1773	15.100	15.275	230.454	1.281

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	973	12/24	1.039	1.069	1.077	1.067	1.049	1.017	969	980	975	987	978		
4301	02/24	1.951	06/24	2.313	2.115	2.118	2.101	2.092	1.984	1.900	1.870	1.834	1.884	1.884		
4404	01/24	3.161	07/24	3.810	3.504	3.522	3.484	3.453	3.262	3.123	3.126	3.091	3.201	3.272		
4509	02/24	1.243	12/24	1.313	1.342	1.350	1.340	1.321	1.290	1.236	1.238	1.233	1.245	1.235		
4521	03/24	2.048	07/24	2.220	2.216	2.238	2.210	2.168	2.084	1.988	2.031	2.027	2.092	2.144		
4539	01/24	5.595	07/24	6.940	6.225	6.253	6.187	6.143	5.778	5.550	5.549	5.425	5.582	5.737		
4571	01/24	3.200	07/24	3.860	3.548	3.566	3.525	3.493	3.299	3.161	3.162	3.124	3.236	3.307		

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	04/24	1.168	12/24	1.246	1.196	1.292	1.280	1.259	1.221	1.162	1.176	1.170	1.185	1.173		
4301	02/24	2.341	06/24	2.776	2.384	2.542	2.522	2.510	2.382	2.280	2.243	2.201	2.260	2.261		
4310	02/24	2.212	06/24	2.603	2.252	2.401	2.382	2.370	2.252	2.154	2.122	2.068	2.095	2.095		
4404	01/24	3.793	07/24	4.560	3.793	4.226	4.181	4.144	3.916	3.748	3.751	3.708	3.841	3.927		

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2024		2024		2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025	2025
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/24	400	Meh- rere	450	425	420	450	430	430	410	400	400	400			
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	10/24	1.150	05/24	1.480	1.270	1.170	1.180	1.120	1.100	1.020	950	950	1.000			
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	Meh- rere	2.160	05/24	2.480	2.220	2.210	2.240	2.100	2.100	2.040	2.000	2.000	2.050			

*) Markenname Outokumpu Nirosta